



Niederschrift

54. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

Sitzungstermin:	Dienstag, 18.03.2014
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	20:50 Uhr
Ort, Raum:	Raum 124, Haupthaus, Fr.-Ebert-Str. 79/81

Anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

Frau Jana Schulze	DIE LINKE	Sitzungsleitung
-------------------	-----------	-----------------

Ausschussmitglieder

Frau Dr. Gabriele Herzel	DIE LINKE	
Frau Solveig Sudhoff	DIE LINKE	
Frau Birgit Morgenroth	SPD	
Frau Maïke Dencker	CDU/ANW	
Herr Peter Schultheiß	Potsdamer Demokraten	

sachkundige Einwohner

Frau Christine Anlauff	Die Andere	
Frau Angela Basekow	SPD	
Herr Uwe Fröhlich	Grüne/B90	
Herr Björn Karl	FDP	
Herr Steffen Koczott	SPD	
Frau Barbara Müller	BürgerBündnis	
Herr Wolfgang Puschmann	Seniorenbeirat	
Frau Maria von Pawelsz-Wolf	CDU/ANW	

Beigeordnete

Frau Elona Müller-Preinesberger	Beigeordnete Geschäftsbereich 3	
---------------------------------	------------------------------------	--

Nicht anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Frau Heike Judacz	SPD	entschuldigt
Herr Dr. Ralf Otto	SPD	entschuldigt
Frau Hala Kindelberger	Bündnis 90/Die Grünen	entschuldigt
Frau Jutta Busch	BürgerBündnis	nicht entschuldigt
Herr Jan Wendt	Die Andere	entschuldigt

sachkundige Einwohner

Herr Ronny Besancon	DIE LINKE	entschuldigt
Herr Wolfgang Günther	SPD	nicht entschuldigt
Herr Jörg Jutzi	DIE LINKE	entschuldigt
Herr Matthias Lack	DIE LINKE	entschuldigt
Frau Thi Minh Lien Ngo	Migrantenbeirat	entschuldigt

Herr Jan-Peter Schmarje

Behindertenbeirat

entschuldigt

Gäste:

Frau Martina Trauth-Koschnick

Büro für Chancengleichheit und Vielfalt

Frau Magdolna Grasnack

Büro für Chancengleichheit und Vielfalt

Frau Uta Kitzmann

Bereich Gesundheitssoziale Dienste

Frau Karola Linke

Bereich Gesundheitsamt

Herr Fabian Dübner

Geschäftsstelle Arbeitsmarktpolitik und

Beschäftigungsförderung

Frau Nicole Dörnbrack

Geschäftsbereich Soziales, Jugend, Gesundheit und Ordnung

Frau Martina Spyra

Schriftführerin

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 1.1 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 25.02.2014 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
- 2 Informationen der Verwaltung
- 3 Berichte aus den Beiräten
- 4 Bericht über die Arbeit des Pflegestützpunktes
- 5 Aktueller Stand zum Seniorenplan der Landeshauptstadt Potsdam
- 6 Bericht über die Umsetzung des Konzeptes zur Suchtprävention
- 7 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 7.1 Schulcoaches für Schülerinnen und Schüler mit mehrsprachigem Hintergrund an Potsdamer Schulen
Vorlage: 13/SVV/0783
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- Wiedervorlage -
- 7.2 Fortführung des Bundesprogramms Bürgerarbeit über "Kommunale Initiative Arbeit Potsdam"
Vorlage: 14/SVV/0147
Oberbürgermeister, Fachstelle Arbeitsmarktpolitik und Beschäftigungsförderung
- 7.3 Ärztliche Versorgung im Neubaugebiet Krampnitz-Kaserne
Vorlage: 14/SVV/0180
Fraktion Potsdamer Demokraten
- 8 Mitteilungen der Verwaltung
- 8.1 Jahresbericht "Chancengleichheit 2011-2012"
Vorlage: 13/SVV/0708
Oberbürgermeister, Büro für Chancengleichheit und Vielfalt
- Wiedervorlage -
- 8.2 Integrationsmonitoring 2013
Vorlage: 13/SVV/0716
Oberbürgermeister, Büro für Chancengleichheit und Vielfalt
- Wiedervorlage -
- 9 Informationen der Ausschussmitglieder / Termine

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung durch die Ausschussvorsitzende, Frau Jana Schulze.

zu 1.1 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 25.02.2014 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Frau Schulze stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 6 von 11 stimmberechtigten Mitgliedern anwesend. Somit ist der Ausschuss beschlussfähig.

Bestätigung der Niederschrift vom 25.02.2014

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 5
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 1

Bestätigung der Tagesordnung

Frau Schulze teilt mit, dass der Bericht über die Arbeit des Pflegestützpunktes krankheitsbedingt verschoben werden muss.

Des Weiteren bittet die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, den Antrag 13/SVV/0783 „Schulcoaches für Schülerinnen und Schüler mit mehrsprachigem Hintergrund an Potsdamer Schulen“ erneut zurückzustellen und in der neuen Wahlperiode zu behandeln.

Abschließend teilt Frau Schulze mit, dass es im nicht öffentlichen Teil eine Information der Verwaltung geben wird.

Die Ausschussvorsitzende bittet um Abstimmung über die so geänderte Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 6
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 0

zu 2 Informationen der Verwaltung

Suppenküche

Frau Müller-Preinesberger informiert, dass voraussichtlich das Ziel der Errichtung

eines Neubaus für die Suppenküche auf dem Verwaltungscampus nicht erreicht werden kann, da eine kommunalrechtliche Genehmigung für die erforderliche Kreditaufnahme für einen Ersatzbau auf dem Gelände der Stadtverwaltung nicht gegeben wird. Grund dafür ist, dass die Suppenküche nicht zu den Pflichtaufgaben der Kommune gehört. Der Hauptausschuss wurde darüber am 26.02.2014 unterrichtet. Um aber den Erhalt des Angebotes im Stadtzentrum zu sichern, befindet sich die Verwaltung im Gespräch mit dem Klinikum Ernst von Bergmann, um im Rahmen der Neuerrichtung eines Gebäudes für gemeindenahe psychiatrische Versorgung in der Gutenbergstraße auch Räume für die Suppenküche zu planen und diese dann an die Suppenküche zu vermieten. Das Klinikum hat bereits die grundsätzliche Bereitschaft dazu signalisiert. Dies hat allerdings den Nachteil, dass die Einrichtung zum Ende des Jahres 2015 zur Verfügung stehen würde.

Mit dem Kommunalen Immobilien Service (KIS) wurde deshalb verhandelt, dass bis dahin das Gebäude in der Benkertstraße 3 weiter genutzt werden kann. Dies wurde mit dem Träger der Einrichtung, der Volkssolidarität besprochen und findet dessen Zustimmung. Das Klinikum hat die mit der Volkssolidarität abgestimmte Raumplanung bereits erhalten.

Sie macht deutlich, dass es bisher aus der Benkertstraße keine Signale gab, dass es dort zu Problemen gekommen wäre.

Die Fraktion Die Linke hat signalisiert, beim MI eine Kreditgenehmigung erreichen zu wollen, um ein neues Gebäude auf dem Verwaltungscampus errichten zu können.

Abschließend macht Frau Müller-Preinesberger deutlich, dass es nicht Ziel ist, die Suppenküche aus dem Stadtzentrum zu vertreiben.

Sie schlägt vor, sobald nähere Informationen vorliegen, erneut im Ausschuss für Gesundheit und Soziales darüber zu berichten.

Frau Dr. Herzel macht deutlich, dass es von Anfang an den Wunsch der Verwaltung und der Volkssolidarität gab, auf dem Verwaltungscampus zu bleiben, da es sich hierbei um ein bundesweit einmaliges Projekt handelt. Sie bittet zu prüfen, ob alle Möglichkeiten ausgeschöpft sind, um die Suppenküche auf dem Verwaltungscampus wieder anzusiedeln. Man sollte weiterhin an diesem Vorhaben festhalten.

Frau Müller-Preinesberger macht deutlich, dass der Standort Benkertstraße nach wie vor als Übergangsvariante vorgesehen ist. Es gibt ein gutes Einvernehmen mit den Nachbarn. Das Objekt Benkertstraße 3 ist zum Verkauf vorgesehen, wird aber so lange nicht verkauft, bis die Suppenküche einen neuen Standort hat. Sie weist auch darauf hin, dass die Suppenküche aufgrund der Beeinträchtigungen im Übergangsbauwerk Benkertstraße keine Miete zahlen muss. Des Weiteren macht sie deutlich, dass die Verwaltung sofort nach der Information, dass der Kredit für den Neubau auf dem Verwaltungscampus, wie auch die Sanierung des Stadthauses, nicht genehmigt wird, die Volkssolidarität informiert und die Möglichkeiten besprochen hat, die vorhanden waren. Die Vorzugsvariante ist nach wie vor eine Ansiedlung auf dem Verwaltungscampus. Sie schlägt vor, einen zeitlichen Rahmen für weitere Entscheidung festzulegen.

Auf Nachfrage erklärt Frau Müller-Preinesberger, dass sie derzeit keine Kenntnis hat, ob es eine schriftliche Aussage des MI bezüglich des nicht genehmigten Kredits gibt. Dies sei ihr so vom KIS mündlich übermittelt worden. Bezüglich der aktuell dargestellten voraussichtlichen Kosten macht sie deutlich, dass es sich bei der Summe von 500.000 € um einen Schätzwert handelt der auch 3 bis 4 Notplätze im Rahmen der Winterhilfe sowie Raum- und Ausstattungsansprüche

beinhaltet. Sie weist darauf hin, dass es sich hier lediglich um Ideen handelt, zu denen noch keine Entscheidungen getroffen wurden.

Hinsichtlich der von Frau Dr. Herzel geäußerten Bedenken, dass am geplanten Standort auf dem Klinikumsgelände nicht mehr die Qualität der Arbeit der Suppenküche erreicht werden kann, wie am alten Standort auf dem Verwaltungsgelände macht Frau Müller-Preinesberger deutlich, dass bisher lediglich nach Lösungsmöglichkeiten für einen Standort gesucht wurde. Sie betont, dass zukünftig wieder der inhaltliche Standard wie im ehemaligen Gebäude unter Beibehaltung der Trägerschaft bei der Volkssolidarität erreicht werden soll.

zu 3 Berichte aus den Beiräten

Seniorenbeirat

Herr Puschmann informiert dass seit dem 17.03 .2014 der Umzug des Seniorenbüros in das Haus II abgeschlossen ist. Das Seniorenbüro ist jetzt im Zimmer 157 zu finden. Zukünftig kommt noch ein zweiter Raum dazu.

Der Seniorenbeirat hat die Durchführung der vier Konferenzen unter dem Motto „Was heißt hier alt: Uns gehört die Zukunft!“ begrüßt und war überrascht, wie gut die Veranstaltungen angenommen wurden. Desweiteren weist Herr Puschmann auf die gute Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung hin. Die Verwaltung organisiert im Rahmen des § 71 SGB XII Angebote für ältere Bürgerinnen und Bürger. Am 07.04.2015, 15:00 Uhr gibt es eine kostenlose Filmvorführung „Da geht noch was“. Es wird am 01.05.2014 die Möglichkeit der Teilnahme an der Veranstaltung zur Saisonöffnung des Fanfarenzuges geben. Im 2. Quartal 2014 soll eine Stadtrundfahrt im Niederflerbus durchgeführt werden und im 4. Quartal wird der Besuch eines Weihnachtskonzertes organisiert.

Ein Schwerpunkt der Arbeit des Seniorenbeirates ist derzeit die Erstellung der Broschüre zur 21. Seniorenwoche.

Frau Kitzmann (Bereich Gesundheitssoziale Dienste) ergänzt, dass dies ein Angebot für Menschen mit geringen Einkommen ist, unkompliziert an Veranstaltungen teilnehmen zu können. Das Angebot gilt für den Personenkreis mit WBS und Grundsicherung und wird durch den Fachbereich Soziales und Gesundheit koordiniert, organisiert und komplett finanziert.

Rechtzeitig vor den Veranstaltungen erfolgt die entsprechende Presseinformation. Darüber hinaus gibt es die Veranstaltungsbroschüre sowie Annoncen in kostenlosen Wochenendblättern.

zu 4 Bericht über die Arbeit des Pflegestützpunktes

Der Tagesordnungspunkt wird vertagt.

zu 5 Aktueller Stand zum Seniorenplan der Landeshauptstadt Potsdam

Frau Kitzmann (Bereich Gesundheitssoziale Dienste) gibt anhand einer Powerpoint-Präsentation einen Überblick die Zeitschiene zur Erstellung des Potsdamer Seniorenplanes und verweist dabei auf die vier Konferenzen mit ca. 140 Teilnehmenden, die den Auftakt gebildet haben. Am 22.03.2014 erfolgt dann ein Stadtspaziergang durch die Waldstadt und am 21.05.2014 wird es einen Stadtspaziergang mit dem Seniorenbeirat durch Babelsberg geben. In der Zeit

von April bis Oktober 2014 werden Arbeitsgruppensitzungen durchgeführt. Sie schlägt vor, im September 2014 einen erneuten Sachstandsbericht im Ausschuss für Gesundheit und Soziales zu geben. Interessiert Ausschussmitglieder können sich aber auch an Krau Kitzmann oder Frau Nachtmann wenden.

zu 6 Bericht über die Umsetzung des Konzeptes zur Suchtprävention

Frau Linke (Bereich Gesundheitsamt) stellt anhand einer Powerpoint-Präsentation die Umsetzungsschritte des Rahmenkonzeptes zur Suchtprävention und Suchtbehandlung vor. Sie erklärt dabei die einzelnen Ziele und die daraus resultierenden Maßnahmen und teilt mit, dass das Arbeitspapier am 09.04.2014 mit den Akteuren beraten wird. Bezüglich des Hinweises, dass auch das Staatliche Schulamt eingebunden werden muss, teilt Frau Linke mit, dass dies bereits erfolgt ist. Auf Nachfrage informiert Frau Linke, dass die Stelle des Suchtkoordinators/der Suchtkoordinatorin auf der Grundlage des Rahmenkonzeptes ausgeschrieben wurde.

Auf die Bitte von Frau Basekow, die Präsentation als Anlage zum Protokoll auszureichen, weist Frau Schulze darauf hin, dass die Präsentationen zu den jeweiligen Tagesordnungspunkten im Ratsinformationssystem hinterlegt werden.

zu 7 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 7.1 Schulcoaches für Schülerinnen und Schüler mit mehrsprachigem Hintergrund an Potsdamer Schulen

Vorlage: 13/SVV/0783

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- Wiedervorlage -

Die Drucksache wird zurückgestellt.

zu 7.2 Fortführung des Bundesprogramms Bürgerarbeit über "Kommunale Initiative Arbeit Potsdam"

Vorlage: 14/SVV/0147

Oberbürgermeister, Fachstelle Arbeitsmarktpolitik und Beschäftigungsförderung

Herr Dübner (Geschäftsstelle Arbeitsmarktpolitik und Beschäftigungsförderung) erläutert anhand einer Powerpoint-Präsentation den Hintergrund sowie die Rahmenbedingungen für das Programm „Kommunale Initiative Arbeit Potsdam“.

Der Ausschuss für Gesundheit und Soziales empfiehlt der StVV den Antrag wie folgt zu beschließen:

Das Bundesprogramm Bürgerarbeit wird über die „Kommunale Initiative Arbeit Potsdam“ fortgesetzt.

Hierzu werden 40 Stellen (30 VZE) bis zum 31.08.2016 über die kommunale Initiative Arbeit Potsdam zur Verfügung gestellt. Die anteilige Finanzierung der Stellen ist dabei über den § 16 e SGB II sicher zu stellen.

Die Vertragsgestaltung der Projektteilnehmenden erfolgt entsprechend des TVÖD.

Der Zuschuss der Landeshauptstadt Potsdam zur Realisierung des Gesamtvorhabens darf 1.400.000 € für bis zu 5 Jahre (2012 bis 2016) nicht überschreiten.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 6
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 0

zu 7.3 Ärztliche Versorgung im Neubaugebiet Krampnitz-Kaserne

Vorlage: 14/SVV/0180

Fraktion Potsdamer Demokraten

Herr Schultheiß bringt den Antrag ein und begründet diesen. Er weist darauf hin, dass im Neubaugebiet ca. 3500 bis 4000 Menschen leben sollen, die ärztlich versorgt werden müssen. Hierfür sollte wenigstens der Raum geplant werden, wo sich Ärzte ansiedeln können.

Frau Müller-Preinesberger weist darauf hin, dass sich an der Rechtslage seit der Beantwortung der Großen Anfrage 13/SVV/0499 und der Kleinen Anfrage 12/SVV/0529 nichts geändert hat.

Potsdam ist in allen Bereich versorgt und überversorgt ist. Auch das Klinikum „Ernst von Bergmann“ benötigt für alle Ärzte eine Niederlassungsgenehmigung. Lediglich die Verlegung der Praxis ist möglich, da Potsdam aufgrund der Versorgungssituation für die Ansiedlung neuer Arztpraxen gesperrt ist.

Sie macht deutlich, dass der Bedarfsplan der Kassenärztlichen Vereinigung Brandenburg möglicherweise aufgrund der Bevölkerungsentwicklung angepasst werden kann. Der aktuelle Bedarfsplan wurde 2013 erstellt und ist fünf Jahre gültig. Danach erfolgt eine Anpassung.

Im Ergebnis einer kurzen Diskussion ändert Herr Schultheiß den Antrag wie folgt: *„Der Oberbürgermeister wird **beauftragt zu prüfen** dass, **soweit rechtlich möglich**, bei **der Umsetzung** der Planung des Neubaugebietes in Krampnitz die ärztliche Versorgung einschließlich einer Apotheke **berücksichtigt** wird. Hierfür sind geeignete Flächen vorzuhalten.“*

Frau Schulze bittet um Abstimmung über den so geänderten Antrag.

Der Ausschuss für Gesundheit und Soziales empfiehlt der StVV den Antrag wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird ~~aufgefordert, dafür Sorge zu tragen~~ **beauftragt zu prüfen** dass, **soweit rechtlich möglich**, bei **der Umsetzung** der Planung des Neubaugebietes in Krampnitz die ärztliche Versorgung einschließlich einer Apotheke ~~sichergestellt~~ **berücksichtigt** wird. Hierfür sind geeignete Flächen vorzuhalten.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 6
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 0

zu 8 Mitteilungen der Verwaltung

zu 8.1 Jahresbericht "Chancengleichheit 2011-2012"

Vorlage: 13/SVV/0708

Oberbürgermeister, Büro für Chancengleichheit und Vielfalt
- Wiedervorlage -

Frau Schulze erinnert daran, dass in der Ausschusssitzung am 25.02.2014 verabredet wurde, Fragestellungen zum Bericht über Frau Spyra einzureichen. Es wurden keine Fragen eingereicht.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 8.2 Integrationsmonitoring 2013

Vorlage: 13/SVV/0716

Oberbürgermeister, Büro für Chancengleichheit und Vielfalt
- Wiedervorlage -

Frau Grasnick erläutert anhand einer Powerpoint-Präsentation die Handlungsfelder und Indikatoren.

Auf Nachfrage erklärt sie, dass über die Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung oder über die Steuerungsgruppe „Integrationsmonitoring“ entsprechende Anträge gestellt werden können. Sie verweist auch auf die Integrationskonferenzen, die jährlich durchgeführt werden. Abschließend weist Frau Grasnick darauf hin, dass Frau Sandra König (Studentin Masterarbeit) das Monitoring erarbeitet hat.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 9 Informationen der Ausschussmitglieder / Termine

Frau Sudhoff informiert, dass der Potsdamer Behindertenverband am 24.02.2014 offiziell aufgelöst wurde.

**Nächster Ausschuss für Gesundheit und Soziales: 15. April 2014, 18:00 Uhr
im Raum 280a des Stadthauses**

Jana Schulze
Ausschussvorsitzende

Martina Spyra
Schriftführerin